

**Solidarité
sans frontières**

SEITE 3

**Watch the Med
Alarm Phone**

Festung Europa?
Ein Mythos!

SEITEN 6-7

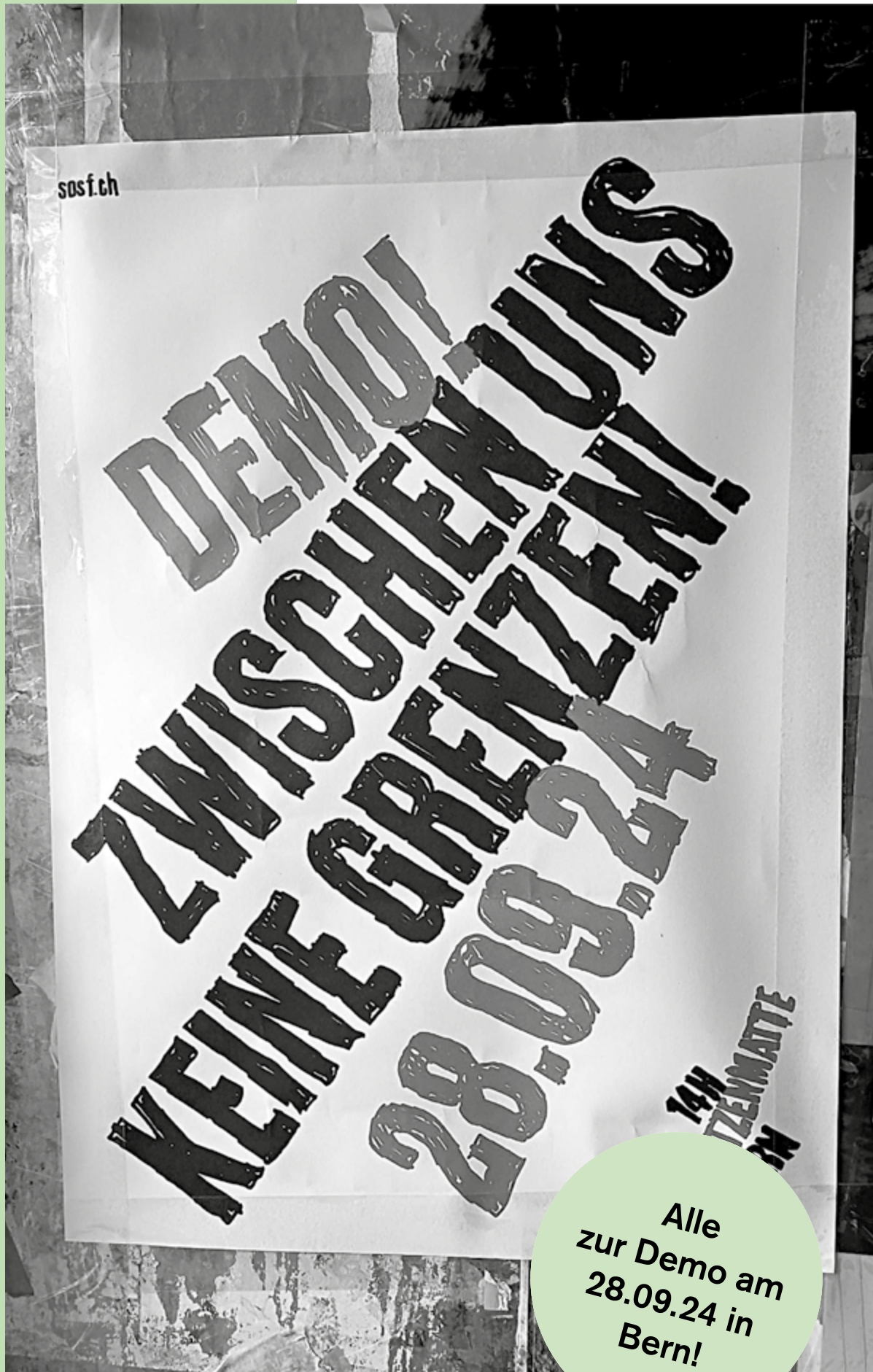
**Vermeintliche
Objektivität der
Statistik**

Eine
Entschlüsselung
von asile.ch

SEITEN 9-18

**Dossier:
Ein anderes
Narrativ der
Migration**

Wir fordern
Teilhabe statt
Ausgrenzung!



Editorial

Das Rassemblement National kurz vor der Machtübernahme in Frankreich, die identitäre extreme Rechte überall immer enthemmter, rassistische Ausschreitungen in Grossbritannien, ein immer noch andauerndes Massaker in Gaza: die Gewalt eskaliert weiter. Wir leben in einer angstbesetzten Zeit. Es ist leicht, sich hilflos und überfordert zu fühlen. Wir müssen jedoch die Lehren aus dieser Situation ziehen und handeln.

Wir dürfen das Thema Migration nicht länger der extremen Rechten überlassen. Wir müssen ihr um jeden Preis die Möglichkeit nehmen, einen Sündenbock zu benutzen, um die Probleme zu verschleiern, die durch die jahrelange neoliberale Politik verursacht wurden. Die Schuldzuweisung an Migrant:innen für soziale, wirtschaftliche und Sicherheitskrisen ermöglicht es den Rechten vor allem, sich als die politische Akteurin zu profilieren, die in der Lage ist, diese Krisen zu lösen. Ihre Programme sind jedoch unmissverständlich: Abbau von sozialen Rechten, Konzentration von Reichtum und Macht, massive Einschränkung der persönlichen Freiheiten. Ein Rezept für eine Katastrophe, die weitaus schlimmer ist als die derzeitige Situation.

Es ist dringend notwendig, das Narrativ zu ändern. Es ist dringend notwendig, Migration als das darzustellen, was sie tatsächlich ist: ein jahrtausendealtes und unvermeidliches menschliches Verhalten. Menschen waren schon immer in Bewegung, um zu überleben und sich zu

entfalten, um die Welt als Ganzes zu verbessern. Probleme entstehen, wenn man versucht, sie daran zu hindern.

Diese Sonderausgabe des Bulletins soll dazu beitragen, die Perspektive zu ändern. Wir haben befreundete Organisationen gebeten, die gängigsten Klischees über Migration zu entkräften und konkrete und faktenbasierte Antworten zu geben.

So zeigt das «Watch the Med Alarm Phone», dass die Festung Europa ein Mythos ist, die Gruppe «Bewegungsfreiheit für alle!» bietet Ihnen einen Crashkurs in Sachen Fake News, das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird...» erklärt anschaulich, wie selbst linke Diskurse das Unge-rechtfertigte rechtfertigen und asile.ch nimmt für Sie die Migrationsstatistiken auseinander.

Das Dossier in dieser Ausgabe ist eine Broschüre, die mit Unterstützung der Temperatio-Stiftung erstellt wurde. Sie befasst sich mit den gemeinsamen Überlegungen, die während der Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung» im Herbst 2023 angestellt wurden. Mehr als 20 Organisationen dachten damals gemeinsam darüber nach, wie eine echte, solidarische und zukunftssträchtige Migrationspolitik aussehen kann. Wir wollen und müssen diese Überlegungen fortsetzen.

Dieser lange Sommer der Extreme hat auch gezeigt, dass eine Gegenreaktion möglich ist. In Frankreich hat sich die Linke vereint und eine beeindruckende Kampagne geführt, in der der Austausch von Wissen, der Zugang zu Informationen und

die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielten. In Grossbritannien haben anti-rassistische Demonstrationen die Oberhand gewonnen und sind weitaus besser besucht als faschistische Pogrome. Die Gegendemonstrationen blühen überall.

Man darf auf keinen Fall aufhören. Wenn die Privilegien einer guten wirtschaftlichen Situation, einer stabilen Aufenthaltserlaubnis und die Tatsache, dass man nicht direkt von Rassismus betroffen ist, manchmal die Notwendigkeit zum Handeln verschleiert haben, so ist dies jetzt nicht mehr möglich. Wir haben gesehen, wie schnell und radikal sich die Situation ändern kann.

Wir müssen wachsam, aufmerksam und intelligent bleiben. Den Hassreden und -demonstrationen müssen wir unermüdlich die konkrete und erstrebenswerte Möglichkeit einer Gesellschaft entgegenstellen, in der jede und jeder einen Platz hat. Eine Gesellschaft von allen und für alle. Wir müssen die Funken sein, die das Feuer der Solidarität, von dem Pinar Selek auf Seite 23 spricht, entfachen und aufrechterhalten.

(Sg) und (Sn)

P.S.: Und vor allem müssen wir am 28. September in Bern gemeinsam demonstrieren gehen. Werden auch Sie dabei sein?

Für diese Ausgabe sind wir in das Archiv von Solidarité sans frontières eingetaucht. Wir haben Bilder aus fast 25 Jahren (!) des Kampfes für Bewegungsfreiheit und Grundrechte herausgefischt. Wir danken den Fotograf:innen: Ursula Markus (S. 6 und 11) und Tristan Boy de La Tour (S. 18). Die anderen Fotos sind anonym.

Danke auch an Julien Chavallaz für die Gestaltung des Plakats zur Demonstration «Zwischen uns keine Grenzen!» auf der Titelseite.



Festung Europa? Ein Mythos!

Das Watch the Med Alarm Phone unterstützt migrantische Kämpfe für Bewegungsfreiheit an Europas Grenzen. Im Oktober wird es zehn Jahren alt.

Europäische Staaten und Politiker:innen arbeiten hart am Bild einer Migrationskrise. Doch die tatsächliche Krise ist eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Diese Krise lässt sich nicht mit den Milliarden lösen, die in die Migrationsabwehr fließen. So lange Menschen einen Grund zu fliehen haben, werden sie sich auch auf den Weg machen. Und dafür gibt es so viele Gründe wie nie zuvor: Kriege, Klimakrise, soziale Ungerechtigkeit, Perspektivenlosigkeit, globale Ausbeutungsverhältnisse. Solange diese Krisen bestehen und durch europäische Staaten mitun-

«Der alltäglich gelebten Bewegungsfreiheit hat auch das milliarden schwere «Border Business» nichts entgegenzusetzen – die Festung Europa ist ein Mythos.»

ter befeuert werden, ziehen weiterhin viele Menschen los und es werden auch weiterhin Viele ankommen.

Dieser alltäglich gelebten Bewegungsfreiheit hat auch das milliarden schwere «Border Business» nichts entgegenzusetzen – die Festung Europa ist ein Mythos. Aber die Militarisierung der Grenzen hat trotzdem Folgen. Die Wege werden gefährlicher, Menschen erleben mehr Gewalt und jedes Jahr sterben Tausende an den Folgen der Migrationsabwehr. Menschen auf der Flucht sind gezwungen, immer unsichtbarer zu werden. Deshalb gilt das Motto, welches bei der Gründung von Watch the Med Alarm Phone vor zehn Jahren massgebend war, auch heute noch: Fähren statt Frontex!

Seit zehn Jahren im Einsatz für Bewegungsfreiheit

Watch the Med Alarm Phone ist ein Netzwerk von rund 300 Aktivist:innen, vom Senegal bis in die Schweiz. Gemeinsam betreiben wir seit zehn Jahren eine Telefonnotrufnummer für flüchtende Menschen in Seenot. Im Oktober 2024 sind wir seit 3650 Tagen und Nächten im Einsatz. In dieser Zeit wurden wir zu über 8000 Booten aus allen Ecken des Mittelmeers, des Atlantiks und des Ärmelkanals alarmiert, direkt von den Reisenden oder ihren Angehörigen und Freund:innen.

Dass es das Alarmphone braucht, ist ein Armutszeugnis für Europa. Das Alarmphone war die Antwort auf ein Schiffsunfall vor Lampedusa im Oktober 2013, bei dem eine mögliche Rettung bewusst unterlassen wurde. Es war und ist das Versprechen an jene, die in Seenot sind, sie nicht allein zu lassen. Und es ist eine Ansage an

die europäischen Grenzschutzbehörden und Regierungen: Wir organisieren uns in praktischer Hilfe, gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer, intervenieren, beobachten, dokumentieren. Wir sind zu einer störenden Kraft für jene geworden, die die Gewalt an den Aussengrenzen zu verantworten haben. Und das werden wir weiterhin bleiben. Solange es nötig ist. Wir drängen die Behörden zu unerwünschten Rettungsaktionen und bilden zusammen mit einer ganzen Flotte ziviler Rettungsakteur:innen auf dem Meer und in der Luft, mit solidarischen Anwält:innen und widerständigen Gemeinschaften eine Bewegung – eine, für die jedes Menschenleben zählt und die laut und deutlich sagt: Eine andere Welt ist möglich und nötig.

Eine Brücke der Solidarität

Dem wachsenden Autoritarismus und den rechten Kräften müssen wir mit vereinten Kräften und solidarischen Bündnissen entgegentreten. Unser Versprechen: Solange jemand anruft, nehmen wir ab. Und mit jeder Schicht, in der wir das Telefon betreiben, brechen wir einen Stein aus der Festung Europa und fügen ihn zu einer Brücke hinzu, die das Mittelmeer zu dem macht, was es eigentlich ist: ein verbindender, kein abschottender Raum zwischen dem Norden und dem Süden. In diesem Sinne bauen wir gemeinsam eine Infrastruktur der Solidarität auf; eine praktische Unterstützung der Kämpfe für Bewegungsfreiheit und für gleiche Rechte für alle.

Keine Grenze hält ewig.

Für eine Gesellschaft der Vielen!

Watch the Med Alarm Phone
<https://alarmphone.org>



Rassistische Denkmuster

Globale Bewegungsfreiheit statt nationaler Mythen

Debatten über Flucht und Migration sind oft von Mythen und Vorurteilen geprägt. Die Gruppe «Bewegungsfreiheit für alle (Bfa!)» entkräftet sie.

Info:

Die neu gegründete Gruppe Bewegungsfreiheit für alle (Bfa!) will der europäischen Todespolitik eine Politik für alle entgegensetzen: Bewegungs- und Bleibefreiheit sowie soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit.

Wir kennen sie alle: Die von Unwissen und rassistischen Denkmustern geprägten Sätze, die schnell fallen, wenn es um Flucht und Migration geht. Im Folgenden reagieren wir auf einige dieser Vorurteile und gehen auf unseren Alternativvorschlag gegen die tödliche europäische Abschottungspolitik ein: Bewegungsfreiheit für alle.

«Wir können nicht die ganze Welt aufnehmen.»

Laut UNHCR waren Ende 2023 weltweit 117.3 Millionen Menschen auf der Flucht. Davon wurden 83% von Ländern mit geringem und mittlerem Einkommen aufgenommen. Die meisten Menschen erreichen Europa nicht – sie wollen in ihrer Region bleiben, hoffen auf baldige Rückkehrmöglichkeiten oder haben keine Möglichkeit, hierher zu kommen.

«Steigende Asylzahlen bedeuten steigende Unsicherheit.»

So steht es auf der Webseite der SVP Schweiz. Es finden sich Auflistungen von Delikten, die «junge Männer», gemeint sind Asylsuchende, begangen haben sollen. Das Narrativ von Migration als Bedrohung dominiert auch

«Die meisten Menschen aus Europa erhalten für fast alle Staaten weltweit ein Visum und können sich sehr frei bewegen. Gleichzeitig ist die Bewegungsfreiheit für Menschen aus dem Globalen Süden stark eingeschränkt.»

weit in die Gesellschaft hinein. Es braucht ein neues Verständnis von Sicherheit, das von kollektiver Verantwortung anstatt Vereinzelung und Schuldzuweisung ausgeht.

«Wir müssen unsere Grenzen schützen und illegale Migration stoppen.»

Die Forderung, Grenzen zu schliessen und Migration zu bekämpfen, geht von der Vorstellung aus, Migration sei kontrollierbar. Doch wir wissen: Migration ist eine Tatsache, Migration wird es immer geben. Was sich durch die zunehmende Illegalisierung ändert, ist einzig, dass Fluchtrouten gefährlicher und tödlicher werden.

«Es kommen zu viele und die falschen.»

Altbekannt: Die Trennung von «falschen» und «richtigen» Geflüchteten, die Unterscheidung von Migrant:innen und Geflüchteten. Nur die eine Kategorie sei schützenswert. Dabei sind Fluchtgründe so erschütternd wie zahlreich: Verfolgung, Krieg, Klimakatastrophen, Armut, Hoffnung oder Perspektivlosigkeit.

Es braucht dringend Alternativen zu rassistischen Standardsätzen, gesellschaftlicher Ausgrenzung und der tödlichen europäischen Migrationspolitik: Bewegungsfreiheit für alle, die untrennbar mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit verbunden ist.

Bewegungsfreiheit für soziale Gerechtigkeit

Die meisten Menschen aus Europa erhalten für fast alle Staaten weltweit ein Visum und können sich sehr frei bewegen. Gleichzeitig ist die Bewegungsfreiheit für Menschen aus dem Globalen Süden stark eingeschränkt. Diese Realität ist geprägt von kolonialen Vergangenheiten, entwicklungspolitischen Abhängigkeiten, neokolonialen Wirtschafts- und Schuldenabkommen mit Ländern des Globalen Südens. Zu sozialer Gerechtigkeit gehört, dass Menschen in lebenswerten Orten leben können, mobil sind und an lebenswerte Orte ziehen können.

Bewegungsfreiheit für Klimagerechtigkeit

Europäische Staaten und Unternehmen zerstören im Globalen Süden Lebensgrundlagen, rauben Ressourcen, beuten Menschen und Natur aus und sind massgeblich mitverantwortlich für die Klimakrise. Gleichzeitig werden weltweit mehr Menschen durch die Klimakrise und Umweltkatastrophen als durch Gewalt und Konflikte vertrieben. Migration ist oft eine der letzten Optionen, um sich

an die veränderten Lebensbedingungen anzupassen. Es braucht genügend lebenswerte Orte, von denen kein Weggehen nötig ist. Es braucht Klimagerechtigkeit.

Bewegungsfreiheit für alle (Bfa!)

<https://bewegungsfreiheit.ch/>

Notlage Bunker

Die vielfach heraufbeschworene «Asyl-Notlage» bildet die Grundlage des Schweizer Asylregimes und legitimiert die Unterbringung in Bunkern.

Asylsuchende, die nach ihrer Flucht direkt im Bunker landen, in Massenschlägen, umgeben von nichts als Beton. Keine frische Luft, kein Tageslicht, nichts als Überleben. Familien, die auf der

Suche nach einer lebenswerten Zukunft in ein verschimmeltes Zimmer einer alten Psychiatrie gepfercht werden. In der Schweiz ist die Einschränkung der Bewegungs- und Bleibefreiheit von Geflüchteten bereits Normalität.

Auch wenn das Ausmass der strukturellen Gewalt gegen Geflüchtete immer wieder aufs Neue empört, ist sie in der Öffentlichkeit schon lange kein Geheimnis mehr. Über wenige andere Miss-

stände in staatlichen Institutionen gab es bereits so viele journalistische Recherchen, wissenschaftliche Publikationen und politische Aktionen. Doch solange etwa der Zürcher Regierungsrat Mario Fehr sich öffentlich damit rühmt, illegalisierte Menschen jahrelang in unterirdischen Bunkern zu internieren, wird auch eine weitere aufklärerische Kampagne nicht ausreichen, um die Zustimmung der Bevölkerung für das Lagersystem zu kippen.

Eine konstruierte «Asyl-Notlage»

Fast im Monatsrhythmus werden neue Bunker in Betrieb genommen. Damit einher geht meist die Ausrufung einer «Asyl-Notlage», wie im März 2024 im Kanton Luzern und Anfang 2023 im Kanton Aarau. Diese Notlage erlaubt es den Kantonen, Schutzanlagen einfacher für die Unterbringung von Geflüchteten umzunutzen.

Doch bei solch einer Notlage geht es nicht etwa um die Not der Geflüchteten unter den erdrückenden, rassistischen Strukturen des Migrationsregimes, sondern um eine vermeintliche Not der Bevölkerung. Über die Autorität, eine Notlage auszurufen, verfügen nicht die Betroffenen, sondern die für die Konstruktion eben-dieses Systems Verantwortlichen. Die Präsenz von Asylsuchenden wird von ihnen zur Gefahr heraufbeschworen. Die Konsequenz: Sie sollen in gefängnisähnlichen Unterkünften weit weg von der Bevölkerung untergebracht werden. Gestützt

wird dies durch das mediale Feindbild des «kriminellen Ausländers» und die Zweiteilung in ein vermeidliches Innen und Aussen, in ein Wir und die Anderen.

Inszenierung als Legitimation

Die Konstruktion einer Notlage dient dazu, Ausgrenzung und Marginalisierung zu legitimieren. Deren kontinuierliche Inszenierung und Bewirtschaftung schafft nicht nur Akzeptanz für immer extremere Politiken, sondern macht die Notlage selbst zum elementaren Bestandteil des Asylregimes. Zur Aufrechterhaltung der Notlage wird der abgelegenste Knast, der tiefste Bunker und die baufälligste Baracke zu einem legitimen Wohnort für geflüchtete Menschen.

Nur eines dürfen die Verantwortlichen nicht tun: langfristige und nachhaltige Lösungen für die heraufbeschworene Notlage finden. Denn dann bricht die Logik ihres rassistischen Ausschlusssystems in sich zusammen.

Besetzen wir die leerstehenden Villen der Oligarchen in unseren Städten, gründen wir solidarische Hausprojekte, mauern wir die Eingänge der Bunker zu und befreien wir unsere Freund:innen

«Nicht die Betroffenen verfügen über die Autorität, eine Notlage auszurufen, sondern die für die Konstruktion dieses Systems Verantwortlichen.»

aus den Ausschaffungsknästen. Die Lösungen sind vielfältig, und auch wenn wir das System nicht gleich stürzen, bauen wir gemeinsam unsere Hoffnung auf Bewegungs- und Bleibefreiheit für alle.

Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird...»

<https://wo-unrecht-zu-recht-wird.ch/>



Einige Schlüssel zur Entzifferung der Asylzahlen

Bestimmte statistische Praktiken schüren den Diskurs des Asylmissbrauchs und delegitimieren die Anwesenheit von Personen, die in der Schweiz Asyl beantragen. Dies ist der Fall, wenn die Rate der Asylgewährung anstelle der Schutzquote hervorgehoben wird oder wenn Nichteintretensentscheide in die Berechnung der Schutzquote einbezogen werden, wodurch die Ablehnungsquote aufgebläht wird. Eine Analyse der Asylzahlen zeigt überraschende Entscheidungen der Behörden in Bezug auf die Art und Weise, wie die Zahlen erfasst werden.

In der Schweiz geborene Kinder von geflüchteten Eltern werden bei den Asylanträgen mitgezählt

Diese Praxis betrifft Kinder von Asylsuchenden, aber auch von anerkannten Flüchtlingen oder vorläufig Aufgenommenen, die sich seit vielen Jahren in der Schweiz aufhalten. 2023 waren beispielsweise 57% der neuen Asylanträge von Eritreer:innen Geburten von Babys in der Schweiz. Bei den Asylanträgen werden auch Wiedererwägungsgesuche mitgezählt, die innerhalb von 5 Jahren nach der Rechtskraft eines Asyl- oder Wegweisungsbeschlusses gestellt

Wiedererwägungsgesuchen zeigt, dass ein Asylantrag nicht notwendigerweise mit einer Ankunft in der Schweiz oder einer Migrationsbewegung zusammenhängen muss.

Eine Anerkennungsquote, die vorläufige Aufnahmen als negative Entscheidungen betrachtet

Oft wird behauptet, dass die meisten Asylsuchenden keine Asylgründe haben oder dass nur ein Drittel der Asylsuchenden in der Schweiz einen positiven Bescheid erhält. Dies delegitimiert ihre Anwesenheit und verstärkt das hartnäckige Vorurteil, dass sie hinsichtlich ihres Schutzbedarfs täuschen. Konkret entspricht dieses Drittel an positiven Entscheidungen der «Anerkennungsquote», die vorläufige Aufnahmen als negative Entscheidungen betrachtet. Die vorläufige Aufnahme wird Personen gewährt, die nicht alle Kriterien für die Asylgewährung erfüllen, aber nachweislich schutzbedürftig sind¹. Bei ihnen

handelt es sich grösstenteils um Kriegsflüchtlinge, deren Ausschaffung die internationalen Verpflichtungen der Schweiz verletzen würde. Technisch gesehen wird daher zunächst ein negativer Asylentscheid und dann ein Wegweisungsentscheid getroffen, der jedoch nicht vollzogen

«2023 waren 57% der neuen Asylanträge von Eritreer:innen Geburten von Babys in der Schweiz.»

werden. Dies ist beispielsweise bei afghanischen Frauen und Mädchen der Fall, die bereits in der Schweiz sind und erneut einen Asylantrag stellen, nachdem das Staatssekretariat für Migration (SEM) seine Praxis in Bezug auf sie geändert hat. Das Zählen von Neugeborenen und von

wird (weil er unzulässig, unzumutbar oder unmöglich ist), sodass eine vorläufige Aufnahme ausgesprochen wird.

Bis 2016 wurden vorläufige Aufnahmen von den Schweizer Behörden ausschliesslich als negative Entscheide dargestellt und nur die Anerkennungsquote wurde erwähnt. Seitdem präsentiert das SEM in seinen statistischen Bulletins und Mitteilungen auch die Schutzquote – die die vorläufige Aufnahmen ihrerseits als positive Schutzentscheidungen verbucht.

Anerkennungsquote:

Anzahl der positiven Asylentscheide (Gewährung eines B-Ausweises für Flüchtlinge) im Verhältnis zur Gesamtzahl der bearbeiteten Fälle.

Schutzquote:

Summe der Asylentscheide (Ausweis B) und der vorläufigen Aufnahmen (Ausweis F), im Verhältnis zur Gesamtzahl der behandelten Fälle.

Die Quote der positiven Entscheidungen steigt um das Doppelte (von 25,7% auf 54,4% im Jahr 2023), wenn man die Schutzquote anstelle der Anerkennungsquote betrachtet.

Eine künstlich aufgeblähte Ablehnungsquote durch Nichteintretensentscheide (NEE).

Im Gegensatz zu den europäischen Richtlinien für die Statistik verbucht die Schweiz Nichteintretensentscheide als negative Entscheide. Diese spiegeln jedoch nicht das Schutzbedürfnis der Personen wider, da ihre Fluchtgrün-

Gemäss der Statistiken, die das SEM an Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, übermittelt hat, erreichte die Schutzquote im Jahr 2023 sogar 86%. Wie lässt sich dieser Unterschied erklären? Eurostat betrachtet vorläufige Aufnahmen im Gegensatz zum SEM als positive Entscheidungen, schliesst Nichteintretensentscheide aus der Berechnung aus, da sie als Nicht-Entscheidungen betrachtet werden, und berücksichtigt nur rechtskräftige Entscheide (für weitere Einzelheiten siehe Camille Pagella & Duc-Quang Nguyen, «Chiffres de l'asile: les associations dénoncent les statistiques de la Confédération», Le Temps, 14.04.2024).

Die Zahlen und ihre angebliche Objektivität

Im asylpolitischen Diskurs der Behörden und der Medien spielen Zahlen eine grosse Rolle: Vergleiche der Anträge von einem Monat zum anderen, von einem Jahr zum anderen, Asylgewährungsrate, Anzahl der durchgeführten Abschiebungen etc. Diese dienen als Rechtfertigung für bestimmte politische Massnahmen, wie kürzlich die Einführung eines so genannten Express-Asylverfahrens für «Personen aus Ländern mit einer sehr niedrigen Asylgewährungsrate» (Pressemitteilung des SEM, 01.03.24) gezeigt hat. Eine solche rein auf Zahlen fokussierte Kommunikation vermittelt den Eindruck von Neutralität und objektiver Wahrheit. Stattdessen spiegelt die Art der Benennung und der Zählung jedoch bestimmte Entscheidungen wider.

«Eine rein auf Zahlen fokussierte Kommunikation vermittelt den Eindruck von Neutralität und objektiver Wahrheit. Stattdessen spiegelt die Art der Benennung und der Zählung jedoch bestimmte Entscheidungen wider.»

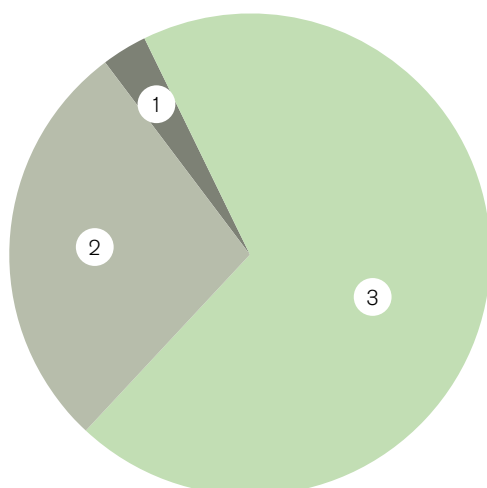
de von den Behörden nicht überprüft werden. Sie zeigen lediglich an, dass ein anderer Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Ein buchhalterischer Trick, der dazu führt, dass der Prozentsatz der positiven Asylentscheide nach unten gedrückt wird. Wenn man die Nichteintretensentscheide aus der Berechnung herausnimmt (31% der Entscheide), anerkannte die Schweiz im Jahr 2023 nach Prüfung der Fluchtgründe in 79% der Fälle einen Schutzbedarf.

Elodie Feijoo

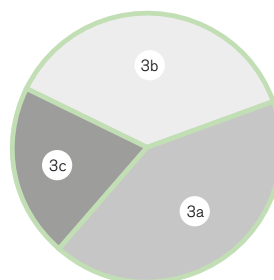
ist Verantwortliche der Medienstelle von asile.ch

¹ Die EU-Gesetzgebung sieht einen «subsidiären Schutz» für Personen vor, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, aber vor Krieg oder allgemeiner Gewalt fliehen.

Erstinstanzliche Entscheide im Jahr 2023 (erledigte Fälle ohne Abschreibungen)



1 Nichteintretensentscheide (nicht-Dublin) – 3%
2 Nichteintretensentscheide (Dublin) – 28%
3 Materielle Entscheide – 69%



Materielle Entscheide nach Prüfung der Fluchtgründe

3a Vorläufige Aufnahme – 42%
3b Asylgewährung – 37%
3c Ablehnungen – 21%

Source: données du SEM, graphique par asile.ch

Postmigrantische Schweiz

Einbürgerung: ein Recht, kein Privileg

Die «Musterdemokratie» Schweiz grenzt ein Viertel der Bevölkerung von der politischen Partizipation aus. Die «Demokratie-Initiative» will das nun ändern.

«Man muss sich anstrengen, um Schweizer zu werden», sagte der freisinnige Alt-Bundesrat Pascal Couchepin. «Nach fünf Jahren in der Schweiz ist man nicht integriert», meinte SVP-Nationalrat Erich Hess. Die Meinungen im bürgerlich-rechten Lager waren schnell gemacht, als eine zivilgesellschaftliche Allianz im Mai 2023 die «Demokratie-Initiative»

Schweizer Kreuz in den Händen halten. Wenn ihr Aufenthalt nicht länger mit einem grossen Fragezeichen versehen ist.

Ausschluss als Klassenfrage

Gegner:innen kennt die Initiative viele, Zweifler:innen noch mehr. «Noch ein bisschen gross» sei der Schritt, eine «starke Verkürzung», sagte SP-Justizminister

macht das Anliegen nicht nur der Inhalt, sondern auch die Köpfe dahinter. Zwar zählen auch linke Parteien und Gewerkschaften zu den Unterstützer:innen, getragen wird die Initiative aber von einem Sinnbild der postmigrantischen Schweiz: Viele, die bei den zahlreichen Lokalkomitees mitmachen und in ihrer Freizeit Unterschriften sammeln, haben selbst Migrationsgeschichte. Eigentlich sind es denn auch nicht die Einbürgerungswilligen, die sich anstrengen müssen, wie Pascal Couchepin fordert. Viel eher ist es die Schweiz, die sich anstrengen muss, eine vollwertige Demokratie zu werden. Das wird sie erst, wenn alle Einwohner:innen auch Bürger:innen sind.

«Besonders grosszügig wäre die Schweiz mit einem neuen Einbürgerungsrecht keinesfalls – bloss ein Stück fairer.»

lancierte. Konkret fordert die Initiative, die sich derzeit im Sammelstadium befindet: Nach fünf Jahren rechtmässigem Aufenthalt in der Schweiz soll eine Einbürgerung möglich sein – mit einheitlichen Kriterien für das ganze Land, damit die Verfahren miteinander vergleichbar und damit fair werden. Es wäre nichts weniger als eine veritable Revolution. Das heutige Schweizer Einbürgerungsrecht ist im europäischen Vergleich eines der restriktivsten.

In ständiger Angst vor einer Ausschaffung

Die einen sind in der Schweiz geboren oder als Kinder gekommen, andere waren bereits erwachsen, als sie einwanderten oder hierher flüchten mussten: Ein Viertel der Bevölkerung – rund zwei Millionen Menschen – haben keinen Schweizer Pass, der doch der «edelste Teil eines Menschen» ist, wie Bertold Brecht einst treffend schrieb. Sie sind damit nicht bloss von der politischen und sozialen Teilhabe ausgeschlossen, können nicht abstimmen und wählen, sondern müssen auch in ständiger Angst vor einer Ausschaffung leben. Ein Ausschluss, der einer «Musterdemokratie», wie sie die Schweiz doch stets so gerne sein will, nicht würdig ist. Die volle Mitgliedschaft im exklusiven Club namens Schweiz erlangen sie erst, wenn sie das rote Büchlein mit dem

Beat Jans kürzlich, als die WOZ ihn auf die Initiative ansprach. Dabei: Viele europäische Länder bürgern nach fünf Jahren ein, darunter Grossbritannien, Frankreich oder Schweden. Auch Deutschland hat die notwendige Aufenthaltsdauer gerade von acht auf fünf Jahre verkürzt. Besonders grosszügig wäre die Schweiz mit einem neuen Einbürgerungsrecht also keinesfalls – bloss ein Stück fairer.

Zweifler:innen mögen zudem einwenden, «Grundkenntnisse einer Landessprache» seien zu wenig für den Schweizer Pass. Dabei leben die Betroffenen seit vielen Jahren hier, sie arbeiten und zahlen Steuern. Der Ausschluss als Klassenfrage: Viele haben weder die Zeit noch die Ressourcen oder den Bildungshintergrund, müssen die Jobs machen, die Einheimische nicht machen wollen und haben keine Zeit für Sprachkurse. Gerade kürzlich zeigte eine Studie der Eidgenössischen Migrationskommission, dass sich vor allem Menschen mit einem dicken Portemonnaie den roten Pass leisten können. Die Einbürgerung, sie ist noch immer ein Privileg. Die Demokratieinitiative fordert, dass sie zu einem Recht wird.

Eine vollwertige Demokratie werden

100 000 Unterschriften braucht es bis November, damit über die Demokratie-Initiative abgestimmt werden kann. Besonders

Demokratie-Initiative

<https://demokratie-volksinitiative.ch/>

Die Unterschriftensammlung für die Eidgenössische Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht» läuft noch bis Mitte November 2024. Unterschriftenbögen und ein ausführliches Argumentarium sind auf <https://demokratie-volksinitiative.ch/> erhältlich.



Dossier: Ein anderes Narrativ der Migration

Kollektives Nachdenken: Auf Teilhabe statt auf Ausgrenzung setzen

Schon viel zu lange wird der Diskurs über Asyl und Migration in der Schweiz und anderswo in Europa von politischen Kräften dominiert, die diesem Thema feindlich gegenüberstehen. Sie geben das Tempo vor, und die Verteidiger:innen der Rechte und der Vielfalt können fast nur hinterherlaufen. Es ist höchste Zeit für die Asyl- und Migrationsbewegung, diesen Trend umzukehren.

Die Erzählungen sind immer dieselben: Nachdem eine Verbindung zwischen Migration, Kriminalität und Unsicherheit hergestellt wird, werden politische Lösungen vorgeschlagen, die das Asyl- und Migrationsrecht noch weiter beugen und

Diese plumpe Strategie funktioniert, weil es keine echte migrationspolitische Gegenerzählung gibt. Wir sind zu sehr in der Defensive, es fehlt uns an Kreativität oder am Aufzeigen des Möglichen. Dies hat offensichtlich auch strukturelle Gründe: Organisationen, die sich für die Rechte von Migrant:innen einsetzen, haben kleinere Budgets als die reichsten Parteien der Schweiz. Vielleicht nehmen wir uns aber auch oft nicht genug Zeit zum Nachdenken.

«Wir sind zu sehr in der Defensive, es fehlt uns an Kreativität oder am Aufzeigen des Möglichen.»

einschränken. Und es funktioniert. Überall in Europa werden die Rechte von Migrant:innen und Geflüchteten massiv eingeschränkt. Die Neugestaltung des europäischen Asylsystems ist dafür ein schlagender Beweis.

Unsere Visionen, Perspektiven und Kritiken zusammenzubringen und uns gemeinsam vorzustellen, wie eine zukunftssträchtige, partizipative und wirklich solidarische Migrationspolitik aussehen könnte, ist eine Aufgabe, vor der wir allzu oft zurückschrecken.

In diesem Sinne haben wir im September 2023 die Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung» organisiert. Die Texte in dieser Broschüre sind Ergebnisse dieser Reflexion. Es handelt sich dabei um eine Zusammenfassung dessen, was wir diskutiert haben. Die Texte stellen weder ein einheitliches Programm dar, noch spiegeln sie die vollständigen Positionen der teilnehmenden Organisationen wider – dafür ist die Asyl- und Migrationsbewegung zu vielfältig. Die Texte können jedoch als Ausgangspunkt gesehen werden, als Einladung, kollektiv weiter nachzudenken.

Sosf



Thema 1: Bewegungsfreiheit statt Grenzen

Die paradoxe Immobilisierung von schutzsuchenden Migrant:innen

Menschen, die kein Bleiberecht erhalten, sind paradoxerweise zur Bewegungslosigkeit verurteilt. Ihre physische und soziale Bewegungsfreiheit wird unterbunden. Eine abschreckende Wirkung wird dadurch nicht erreicht. Manche Menschen leben seit sehr vielen Jahren in administrativer, geografischer, sozialer und wirtschaftlicher Isolation.

Die Dublin-Abkommen

Die Dublin-Verordnung, die bestimmt, dass derjenige Staat für die Asylanträge zuständig ist, über den geflüchtete Personen nach Europa eingereist sind, sollte den sogenannten «Asyltourismus» verhindern und Menschen davon abhalten, mehrere Asylanträge zu stellen. In der Realität wurde ein gegenteiliger Effekt erzeugt. Daten von

haben grosse Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, nicht nur bei den direkt Betroffenen, sondern auch bei anderen, die oft die brutalen Verhaftungen miterleben.

Eigentlich sollten Sonderflüge von der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) beobachtet werden. Dies ist jedoch nicht immer der Fall. Während der Ausschaffung darf die NKVF zudem nicht eingreifen.

«Die Zivilgesellschaft muss einen direkten Zugang zu den Unterkünften haben und dort ohne bürokratische Hürden Aktivitäten anbieten können. Darüber hinaus sollte es ihr erlaubt sein, Kritik zu üben, ohne Gefahr zu laufen, dass ihr der Zugang verwehrt wird.»

Eurostat, die von asile.ch analysiert wurden, zeigen, dass die Asylanträge und die ein- und ausgehenden Dublin-Überstellungen in ganz Europa ein Nullsummenspiel sind. Tausende von Menschen werden von einem Ende der EU ans andere transportiert, ohne Rücksicht auf ihre Familien, auf ihre Netzwerke, auf die Sprachen, die sie sprechen, oder einfach nur auf ihre Lebenspläne. Ein Bericht von 2018, der vom Europäischen Parlament in Auftrag gegeben wurde, hält fest, dass sich allein die Verwaltungskosten des Dublin-Systems auf 186 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Das Dublin-System ist ein brutaler und unnötiger Eingriff in die Bewegungsfreiheit. Warum sollten schutzsuchende Menschen nicht selbst entscheiden können, in welchem Land sie ein neues Leben beginnen wollen? Das Dublin-System muss unverzüglich abgeschafft werden. Die Solidarität zwischen den europäischen Staaten sollte dafür sorgen, dass die Bearbeitung von Asylanträgen entsprechend den Wünschen der Betroffenen aufgeteilt wird.

Gewaltsames Ausschaffungsregime

Basisorganisationen und Kollektive beobachten, dass die Dublin-Ausschaffungen zunehmend gewaltsam vollzogen werden. Abschiebungen nach Kroatien werden fast immer in Sonderflügen («Level 4») in Handschellen und mit Polizeibegleitung abgewickelt. Solche Massnahmen

Sie veröffentlicht ihre Beobachtungen aber jedes Jahr in einem Bericht, ohne jedoch rechtlich bindende Anforderungen zu formulieren.

Aus diesem Grund wird oft von einem Ausschaffungsregime gesprochen, das über die blosser Ausweisung von Menschen hinausgeht. Es setzt Menschen grosser Angst aus und ist Teil der konstitutiven Gewalt des Asylsystems. Zwangsausschaffungen müssen abgeschafft werden.

Isolation in den Kantonen

In den Kantonen ist die Bewegungsfreiheit von Menschen mit Dublin-Entscheid stark eingeschränkt und sie leben isoliert. Sowohl die Bundesasylzentren als auch die kantonalen Asylzentren befinden sich häufig an abgelegenen Orten. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind teuer und Billette werden nicht immer gratis abgegeben. Dies führt zu sozialer Isolation und erschwert Asylsuchenden den Zugang zur Zivilgesellschaft, zu unabhängiger Rechtsberatung und zu medizinischer und psychologischer Versorgung. Die Isolierung und das Unsichtbarmachen der Orte, an denen Geflüchtete leben, ermöglichen und fördern Gewalt, die in den Zentren stattfindet und die wiederholt von zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgedeckt wurde. Innerhalb der Zentren werden Betreuungsaufgaben sehr häufig an





private Unternehmen ausgelagert; auf Kosten angemessener Lebens- und Arbeitsbedingungen. Queere und/oder FLINTA-Personen erhalten keinen angemessenen Schutz und leben isoliert und in Unsicherheit innerhalb

«Das Nothilferegime zielt darauf ab, dass die abgewiesenen Personen von selbst verschwinden. Es unterwirft, kontrolliert und verwaltet die Menschen so lange, bis sie psychisch krank werden.»

der bereits abgelegenen Asylzentren. In vielen Bundes- und Kantonszentren werden die Kinder intern und unzureichend unterrichtet. Die Zuweisung an die Kantone nach der Erstaufnahme erfolgt willkürlich und ohne Rücksicht auf familiäre oder sprachliche Kriterien. Es kommt sogar vor, dass Geschwister oder Familien verschiedenen Kantonen zugeteilt werden.

Orte, an denen Menschen aus dem Asylbereich untergebracht werden, dürfen nicht länger isoliert sein. Stattdessen sollten sie sich an Orten befinden, an denen sie vereinfacht Zugang zum gesellschaftlichen Leben in Städten und Dörfern haben. Kinder sollten wie alle anderen Kinder ihres Alters in regulären Schulen unterrichtet werden. Die Zivilgesellschaft muss einen direkten Zugang zu den Unterkünften haben und dort ohne bürokratische Hürden Aktivitäten anbieten können. Darüber hinaus sollte es ihr erlaubt sein, Kritik zu üben, ohne Gefahr zu laufen, dass ihr der Zugang verwehrt wird. Kommt es zu Spannungen zwischen alten und neuen Bewohner:innen der Unterkünfte, sollten Kontaktgruppen, die aus den Beteiligten zusammengesetzt werden, gemeinsam an der Lösung der Konflikte arbeiten. Die Menschen müssen auch Billette erhalten, mit denen sie sich an die Orte begeben können, an denen sich medizinische Einrichtungen, kulturelle, sportliche und soziale Angebote sowie Einkaufsmöglichkeiten befinden.

Zwangsmassnahmen

Die kantonalen Verwaltungen wetteifern in ihrem Erfindungsreichtum und ihrer Grausamkeit, wenn es darum geht, die Bewegungsfreiheit auf repressive Weise einzuschränken: Hausarrest (manchmal in Bunkern), Rayonverbote, Eingrenzung, die Verpflichtung, bis zu dreimal am Tag zu unterschreiben, um Nothilfe zu erhalten. Das Nothilferegime zielt darauf ab, dass die abgewiesenen Personen von selbst verschwinden. Es unterwirft, kontrolliert und verwaltet die Menschen so lange, bis sie psychisch krank werden. Die Motion Streiff-Feller (21.3187), die die Regularisierung von mehreren hundert Personen forderte, die sich schon lange in der Nothilfe befinden, wurde vom konservativen Ständerat abgelehnt. Sie hätte

es erlaubt, Menschen aus einer administrativen Sackgasse zu befreien, die für ihre körperliche und geistige Gesundheit äusserst schädlich ist. Es wird viel über Ausländerkriminalität gesprochen, dabei wird jedoch übersehen, dass ein Grossteil der von ausländischen Personen begangenen Straftaten mit ihrer Aufenthaltssituation zusammenhängt. Strafen aufgrund von illegalem Aufenthalt, Verletzungen des Rayonverbots, wenn die Person keine

Gefahr darstellt, sowie sämtliche Zwangsmassnahmen müssen verschwinden. Solche Verbrechen ohne Opfer dürfen nicht mehr verfolgt werden.

Thema 2: Rechte und Würde statt Isolation

Wir können und müssen uns für die Würde aller Menschen einsetzen

Jeden Tag werden zahlreiche Menschen diskriminiert, stigmatisiert und kriminalisiert, weil ihr Aufenthalt nach Schweizer Recht illegal ist oder illegal geworden ist. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sind ein Hindernisparcours, ihre Gesundheit wird beeinträchtigt und ihr Zugang zum Rechtsschutz wird vereitelt.

Die Lebensumstände von Menschen, die über Jahre dazu verdammt sind, um Nothilfe zu bitten, und von jenen, deren Asylanträge ohne Prüfung ihrer Fluchtgründe abgelehnt wurden, ist besorgniserregend. Viele Kinder, Frauen, LGBTIQ+-Personen, ältere Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind davon

Die Sicherheit der Aufenthaltsgenehmigung muss Vorrang vor allen anderen Faktoren haben, wie etwa dem Verlust des Arbeitsplatzes oder der Inanspruchnahme von Sozialhilfe, was ein Recht darstellt. Die Kriterien für die Erteilung einer Härtefallbewilligung sowie für die Familienzusammenführung müssen gelockert werden. Opfern von Menschenhandel sollte

eine verlängerbare Aufenthaltserlaubnis garantiert werden, um mit den Behörden zu kooperieren oder aufgrund der persönlichen Situation, unbeschadet ihres Rechts, Asyl zu beantragen

oder wegen eines Verstosses gegen das Ausländergesetz verfolgt zu werden.

Die vorläufige Aufnahme (F-Bewilligung) hat in der Schweiz strengere Voraussetzungen als der subsidiäre Schutz nach europäischem Recht. Unter dem Vorwand der vorläufigen Aufnahme erhalten Personen mit F-Status bloss etwa 60% der Sozialhilfe, haben zudem eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Familienzusammenführung und dürfen weder den Kanton wechseln noch ins Ausland reisen. In der Schweiz haben z.B. syrische und afghanische Personen mehrheitlich Status F, obwohl sie teilweise seit über zehn Jahren hier leben. Der F-Status muss zwingend überdacht werden und mehr Rechte gewähren. Es sind diese Rechte, die eine volle soziale, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Der Zugang zur Straf-, Privat- und Arbeitsgerichtsbarkeit muss ohne finanzielle und administrative Hürden gewährleistet sein. Das Anzeigen von Straftaten sowie der Zugang zu Dienstleistungen und Unterstützung müssen für alle gewährleistet sein.

Das Recht auf Gesundheitsversorgung muss jederzeit und umfassend garantiert werden, unabhängig davon, ob es sich um körperliche,

«Es sind diese Rechte, die eine volle soziale, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe ermöglichen.»

betroffen. Wenn sie nicht davon ausgeschlossen sind, nehmen sie dennoch aktiv am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Schweiz teil. Wenn es in unserem Land «Sans-Papiers» gibt, dann weil es diese produziert, indem es toleriert, dass ihre Existenz auf Angst und Ausbeutung reduziert wird, anstatt ihre Diskriminierung zu bekämpfen und anzuerkennen, dass sie Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllen.

Es stimmt zwar, dass mehrere Tausend Aufenthaltsbewilligungen erteilt wurden und das Recht auf eine Krankenversicherung und auf eine berufliche Erstausbildung durchgesetzt werden konnte. Operation Papyrus hat über 2800 Personen regulariert, einige Städte entwickeln City Cards und Solidarity city mappings und manche Kantone engagieren sich für den Schutz von Opfern von Menschenhandel. Einige Schritte sind gemacht, es gilt aber, sie fortzusetzen.

Wofür setzen wir uns ein?

Die Anforderungen für eine Regularisierung des Aufenthaltsstatus müssen auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene geklärt und vereinheitlicht werden. Kantonale Regularisierungsaktionen müssen gefördert werden.



psychische, sexuelle oder reproduktive Gesundheit handelt. Das Recht auf Leistungen aus der Unfallversicherung muss gewährleistet sein und die Nichteinhaltung streng sanktioniert werden. Das Recht auf eine Krankenversicherung muss effektiv sein (z.B. über den Zugang zu kantonalen und eidgenössischen Zuschüssen).

Die Regularisierung durch Arbeit muss Gegenstand von Kampagnen auf Grundlage des Prinzips eine Arbeit = eine Bewilligung sein. Jede Person muss einen Lohn sowie Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungsbeiträge erhalten, die den geltenden Normen entsprechen, auch im Falle von Unterverträgen, digital vermittelter Plattformarbeit und Beschäftigung in Privathaushalten. Missbräuche müssen zeitnah bestraft und entschädigt werden. Das Arbeitsgesetz muss auf alle Branchen Anwendung finden und die Arbeitsinspektorate müssen im Interesse der Arbeitnehmer:innen koordiniert mit Fachorganisationen, Gewerkschaften und Strafverfolgungsbehörden kommunizieren können. Es braucht zudem eine spezifische gesetzliche Bestimmung, welche die Ausbeutung der Arbeitskraft als Straftatbestand definiert.

Der Zugang zu angemessenen Unterkünften muss effektiv und ohne bürokratische Hürden im Einklang mit dem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens sowie der Erhaltung des Privateigentums möglich sein. Gemeinschafts-

unterkünfte müssen sicher sein, sich in der Nähe von sozialen Einrichtungen und städtischen Zentren befinden und an die besonderen Bedürfnisse von vulnerablen Personen und Gruppen angepasst sein.

In allen Kantonen müssen Opfer von Menschenhandel identifiziert und geschützt werden. Sie müssen fachgerechte Unterstützung erhalten und innert angemessener Frist finanzielle

«Jede Person muss einen Lohn sowie Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungsbeiträge erhalten, die den geltenden Normen entsprechen, auch im Falle von Unterverträgen, digital vermittelter Plattformarbeit und Beschäftigung in Privathaushalten.»

Entschädigung erhalten. Ihnen muss eine Aufenthaltsbewilligung mit der Möglichkeit zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit erteilt werden, wenn sie an einem Strafprozess teilnehmen oder aufgrund einer persönlichen Situation. Natürliche und juristische Personen, die sie ausbeuten, einschliesslich Treuhänder und diplomatisches Personal, müssen bestraft werden.

Thema 3: Soziale und wirtschaftliche Teilhabe

Diskriminierung schafft vor allem Prekarität

In der öffentlichen Debatte ist oft von «Integration» die Rede. Diese wird hauptsächlich als von Migrant:innen zu erbringende Leistung angesehen, die der Staat lediglich fördern soll. Die Realität zeigt aber, dass es stattdessen zahlreiche strukturelle Diskriminierungen sind, die eine echte soziale und wirtschaftliche Teilhabe verhindern.

Durch an die Beschäftigung geknüpfte Aufenthaltsbewilligungen und erschwerte Familienzusammenführung wird das Saisonierstatut durch die Hintertüre reproduziert. Der restriktive Zugang zu den schweizerischen Sozialversicherungen untergräbt die Rechte von EU-Bürgerinnen, die eigentlich durch die Personenfreizügigkeit garantiert wären, und macht das Leben von Migrant:innen noch prekärer als es ohnehin ist. Schliesslich verhindern Hindernisse beim Zugang zu Bildung, Ausbildung und der Anerkennung von Diplomen die Eigenständigkeit.

Arbeitsmarkt und Aufenthaltsbewilligungen

Ausländische Arbeitnehmer:innen sind häufig Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die an das Saisonierstatut erinnern. Kurzfristige Aufenthaltsbewilligungen und strenge Regelungen für die Familienzusammenführung tragen zu dieser prekären Situation bei.

Erstens wird ein Verbot der Aneinanderreihung von befristeten Arbeitsverträgen (Kettenverträge) gefordert, um die Ausbeutung und Prekarisierung der Arbeitnehmenden zu verhindern. Zweitens wird vorgeschlagen, dass nach zwei aufeinanderfolgenden Saisons mit L-Bewilligungen eine B-Bewilligung erteilt werden soll, um den kontinuierlichen Beitrag von Arbeitsmigrantinnen und -migranten anzuerkennen. Darüber hinaus sollte die mit einer L-Bewilligung in der Schweiz verbrachte Zeit in die Berechnung der Aufenthaltsdauer einbezogen werden, was den Zugang zu stabileren Rechten erleichtern würde.

Eine weitere wichtige Forderung ist die Begrenzung des Anteils an Anstellungen im Stundenlohn auf 10% der Belegschaft in einem Unternehmen, verbunden mit der Verpflichtung, den Personen nach sechs Monaten im Stundenlohn eine Festanstellung anzubieten. Dies soll die Prekarität verringern und den Arbeitnehmenden mehr Sicherheit bieten. Schliesslich wird eine Gleichbehandlung bei der Familienzusammenführung für EU/EFTA-Bürger:innen, Schweizer Bürger:innen und Drittstaatsangehörige gefordert. Nur so können alle Familien ohne Diskriminierung aufgrund der Herkunft zusammenkommen.

Anerkennung von Berufsabschlüssen

Ausländische Diplome werden in der Schweiz oft nicht anerkannt, was zu niedrigeren Lohnstufungen für die Betroffenen führt. Um diese Situation zu ändern, müssen die Behörden die Diplome für die Lohnstufung zwingend anerkennen. Die mit diesem Prozess verbundenen Kosten müssen von den paritätischen Kommissionen getragen werden. Der Bund spielt eine entscheidende Rolle dabei, die Anerkennung von Diplomen zu erleichtern, indem er den Prozess weniger bürokratisch, schneller und kostengünstiger gestalten kann. Darüber hinaus ist es



wichtig, mit möglichst vielen Ländern bilaterale Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen auszuhandeln.

Die Validierung von Bildungsleistungen, die derzeit oft nicht möglich ist, muss auf nationaler Ebene vereinheitlicht werden. Es ist notwendig, dass die Kantone Beratung und Unterstützung bei der Validierung von Bildungsleistungen anbieten und gleichzeitig die damit verbundenen Kosten senken und Finanzierungsmöglichkeiten schaffen.

Hohe Sprachanforderungen und die direkten und indirekten Ausbildungskosten stellen grosse Hindernisse für den Erwerb eines anerkannten Abschlusses dar. Die Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten und die spezifische Unterstützung erwachsener Migrant:innen, insbesondere über das Projekt «viamia», sind wesentliche Massnahmen, um die Integration von Migrant:innen in den Schweizer Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Zugang zu Bildung

Es ist zwingend notwendig, Kinder aus benachteiligten Familien zu unterstützen und die Mechanismen der frühen Selektion zu überprüfen, um gleiche Chancen für alle zu gewährleisten. Um Inklusion und Bildungserfolg zu fördern, müssen Kinder aus dem Asylbereich möglichst schnell in Regelschulen integriert werden. Darüber hinaus müssen junge Geflüchtete Unterstützung beim

Zugang zu einer umfassenden Ausbildung auf Sekundarstufe II und Tertiärstufe erhalten, die es ihnen ermöglicht, ihre Ausbildung fortzusetzen und sich adäquat für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Damit ihre Entwicklung und ihre zukünftigen Chancen nicht unterbrochen werden, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich

«Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe muss gesellschaftlich entstigmatisiert werden. Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, tun dies nicht willentlich, sondern aus Not.»

Menschen, die sich in Ausbildung befinden, diese auch im Falle eines negativen Asylentscheids weiterführen können.

Schliesslich ist die Förderung der Weiterbildung für Erwachsene, insbesondere für Geflüchtete, von hoher Relevanz. Dazu gehört der Zugang zu bedürfnisgerechten und weiterführenden Bildungsangeboten, die es Erwachsenen ermöglichen, ihre Kompetenzen zu erweitern und sich vollständig in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Zugang zum Sozialsystem

Die Einführung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) hat den Zugang zu den Sozialversicherungen für Migrantinnen und Migranten eingeschränkt und die Rechte von EU-Bürgerinnen und -Bürgern geschwächt. Es ist wichtig, dass die Bestimmungen des Abkommens über die Personenfreizügigkeit eingehalten werden und das internationale Recht Vorrang hat.

Es ist von grosser Bedeutung, einen universellen Zugang zur Sozialversicherung ohne Ausgrenzung zu gewährleisten. Jede Person soll unabhängig von ihrem Status vom Schutz des Sozialsystems profitieren können. Um zu verhindern, dass Personen ihre Aufenthalts-erlaubnis verlieren, wenn sie Sozialhilfe in Anspruch nehmen, muss das AIG geändert werden. Insgesamt muss der Zugang zum System der sozialen Sicherheit frei von Diskriminierung und Benachteiligung aufgrund der Herkunft oder des Aufenthaltsstatus sein. Die parlamentarische Initiative Marti, die im Juni 2023 im Parlament angenommen wurde, ist ein Schritt in diese Richtung. Weitergehend soll der Übergang von der F- zur B-Bewilligung unabhängig vom Bezug von Sozialhilfe möglich sein. Die derzeitigen materiellen und sozialen Bedingungen des Status F machen es extrem schwierig, sozial und wirtschaftlich unabhängig zu sein.

Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe muss zudem gesellschaftlich entstigmatisiert werden. Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, sollten nicht negativ wahrgenommen werden, da sie diese Hilfe aus Notwendigkeit und nicht aus freien Stücken in Anspruch nehmen.



Thema 4: Partizipation in den Medien und in der Politik

Der Schlüssel zur Demokratie: Jeder soll mitdiskutieren können

Die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz wird nicht nur nicht ausreichend gefördert, sie wird sogar verhindert. Dies führt dazu, dass die Medien, die Politik, aber auch die sozialen Bewegungen anstelle von Migrant:innen über diese sprechen. Dabei gibt es durchaus Lösungsansätze. Sie hängen vom Effort aller Beteiligten ab.

Der vorherrschende Diskurs in der Schweiz wird massgeblich von der SVP und den rechten Parteien geprägt, die sich stark in Migrationsfragen positionieren. Dadurch gelingt es ihnen, die öffentliche Debatte zu bestimmen und andere politische Akteure dazu zu zwingen, oftmals nur defensiv zu reagieren, was wiederum Stereotypen und Vorurteile verstärkt. Fremdenfeindliche Rhetorik wird so zu einem Wahlkampfmittel, während Migrant:innen als homogene Einheit wahrgenommen werden, die oft auf überholte Clichés wie das des «prekären Arbeitsmigranten» reduziert wird. Diese Wahrnehmung verschleiert die Vielfalt der Werdegänge und Profile von Migrant:innen, insbesondere von hochqualifizierten Personen.

Die Medien

In den Medien sind migrantische Bewohner:innen unterrepräsentiert und werden selten als Expert:innen betrachtet, was die Vielfalt der Perspektiven, die der Öffentlichkeit angeboten werden, einschränkt. Darüber hinaus verleitet die Angst vor negativen Reaktionen von rechts die Medien manchmal dazu, sich an stereotype Erzählungen anzupassen. Die fehlende Vielfalt führt zu weniger positiven Geschichten und zu mehr Vorurteilen.

Es kommt relativ häufig vor, dass sich in Medienberichten über Migration sachliche Fehler einschleichen. In der Schweiz betreibt der Verein asile.ch eine Medienbeobachtung, eine Art Jagd auf Fake News. Obwohl sachliche Fehler oder Ungenauigkeiten manchmal absichtlich verbreitet werden, sind sie nicht immer notwendigerweise bosartig gemeint. Oftmals sind sie darauf zurückzuführen, dass die Journalist:innen das Thema nicht ausreichend kennen. Der Mangel an migrantischen Vertreter:innen in den Redaktionen führt zudem zu einem Mangel an Fachwissen. Aus diesem Grund bietet asile.ch auch spezifische Schulungen für Journalist:innen an.

Es stimmt zwar nicht, dass Migrant:innen in den Medien nie zu Wort kommen. Es ist jedoch zu betonen, dass sie meist zitiert werden, um eine individuelle Aussage zu machen, die die Aussagen anderer illustriert. Sie werden kaum als Expert:innen anerkannt.

Bezüglich Fragen des Asyls ist die mediale Aufmerksamkeit im Vergleich zur betroffenen Bevölkerung unverhältnismässig hoch. Sämtliche Personen aus dem Asylbereich (alle Kategorien, vom Flüchtling mit Ausweis C bis zum abgewiesenen Asylsuchenden) machen nach den von asile.ch errechneten Zahlen gerade einmal 1.6% der Bevölkerung aus. Dennoch wird in den Medien täglich über Asyl berichtet. Darüber hinaus gibt es viele Vorurteile, tendenziöse Einschätzungen und manchmal auch gänzlich falsche Behauptungen. Fremdenfeindliche Parteien gefallen sich in der Darstellung von «Asylprofiteuren», während die öffentlichen Auftritte ihrer Vertreter:innen oft deutlich machen, dass ihnen die Realität der betroffenen Menschen völlig unbekannt ist. Nur wenige wissen, dass Nothilfebeziehende gerade zwischen CHF 8.50 und 10.- pro Tag erhalten, nicht arbeiten dürfen und sich nicht bewegen können. Kaum jemand weiss, dass Kinder bei Ausschaffungen von ihren Eltern getrennt werden, die sie nicht trösten können, wenn sie weinen. Vielleicht würden die Revisionen des Asylgesetzes weniger hart ausfallen, wenn die abstimmende Bevölkerung über die Lebensbedingungen und die Auswirkungen dieser Gesetze auf schutzsuchende Menschen Bescheid wüsste.

Die Politik

Auf politischer Ebene mangelt es an Solidarität, nicht nur manchmal zwischen den Migrant:innen selbst, sondern auch innerhalb von Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften. Obwohl Migrant:innen oder Menschen mit Migrationshintergrund 40% der Bevölkerung ausmachen, werden sie oft als kleine Minderheit wahrgenommen. Diese Wahrnehmung wird noch dadurch verstärkt, dass es keinen nationalen Dachverband der Migrant:innen gibt, der die Bemühungen koordinieren und mit einer Stimme sprechen könnte. Abgesehen von der Herkunft ist es auch wichtig, dass Personen Entscheidungspositionen besetzen, die Diskriminierung erlebt haben. Diese Personen können die Mechanismen und Auswirkungen von Ausgrenzung besser verstehen als alle anderen.

Das mangelnde Engagement einiger Politiker:innen für die Anliegen von Migrant:innen kann auch darauf





zurückzuführen sein, dass Migrant:innen ohne Wahlrecht keine Wähler:innenschaft darstellen. Deshalb sind Initiativen wie die Demokratie-Initiative von entscheidender Bedeutung. Sie würden es Migrant:innen nicht nur ermöglichen, bei Abstimmungen ihre Meinung zu äussern, sondern auch dazu beitragen, die Vorschläge, die der Bevölkerung unterbreitet werden, mitzugestalten.

Glücklicherweise entstehen aber auch positive Ansätze. Die Sensibilisierung für die gesellschaftliche Vielfalt gewinnt an Boden, mit Projekten wie dem Institut Neue Schweiz (INES), die vielfältige Geschichten erzählen. Initiativen wie das Flüchtlingsparlament und die Migrant:innen-Sessions schaffen Räume für den Dialog mit Politiker:innen und Expert:innen, während auf allen politischen Ebenen zusehends Menschen mit Migrationshintergrund wie Mustafa Atici und Ylfete Fanaj in Parlamente gewählt werden. Und es gibt Medien von Migrant:innen, auch wenn sie (noch) nicht das gleiche Publikum wie die traditionellen Medien erreichen. Wir können hier Baba news, Lucify oder Voix d'Exils nennen.

Die Vision ist ehrgeizig, aber realistisch: eine Schweiz, die stolz auf ihre Vielfalt ist und in der jede:r, unabhängig von seiner/ihrer Herkunft, das Recht und die Möglichkeit hat, sich öffentlich auszudrücken und politisch

«Die Vision ist ehrgeizig, aber realistisch: eine Schweiz, die stolz auf ihre Vielfalt ist und in der jede:r, unabhängig von seiner/ihrer Herkunft, das Recht und die Möglichkeit hat, sich öffentlich auszudrücken und politisch zu beteiligen.»

zu beteiligen. Zu den Forderungen gehören eine zunehmende Vertretung von Migrant:innen in allen Bereichen der Gesellschaft, eine Erleichterung des Einbürgerungsprozesses und politische Bildung, insbesondere für migrantische Frauen, als Grundstein für eine stärkere Bürger:innenbeteiligung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Migrant:innen kein Problem sind, das es zu lösen gilt, sondern ein integraler und wesentlicher Teil der Lösung für eine integrativere und demokratischere Gesellschaft. Ihre politische Teilhabe ist entscheidend für die Stärkung der Demokratie in der Schweiz und dafür sind strukturelle Veränderungen nötig, um bestehende Hindernisse zu beseitigen und eine umfassende Teilhabe zu fördern.



Ausblick

Die Texte in dieser Broschüre wurden gemeinsam verfasst. Sie entstammen den Präsentationen und Diskussionen der Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung», die am 23. September 2023 im Haus der Generationen in Bern stattfand. Die Veranstaltung wurde von Solidarité sans frontières, Unia, dem VPOD, dem SGB und solinette.ch organisiert und unterstützt. Für die Erstellung dieser Broschüre danken wir der Stiftung temperatio für ihre Unterstützung.

Die vorstehenden Texte und Ideen sind kein politisches Programm oder gar ein gemeinsames Positionspapier der verschiedenen an der Konferenz vertretenen Organisationen. Sie sind vielmehr ein Spiegelbild der kollektiven Intelligenz, die an diesem Herbstnachmittag am Werk war. Die Bewegung für das Recht auf Asyl und Migration ist breit und vielfältig. Verschiedene Perspektiven sind in ihr vertreten, verschiedene Forderungen und Strategien werden entwickelt. Gemeinsam ist ihnen die Unzufriedenheit mit dem Status quo, mit einer Gesellschaft, einem sozialen, politischen, wirtschaftlichen und medialen System, das ausgrenzt, obwohl es für alle Beteiligten von Vorteil wäre, sich häufiger zu treffen, einander zuzuhören und miteinander zu diskutieren. Innerhalb der Bewegung wie auch in der Schweizer Gesellschaft.

Was halten Sie von den in diesen Texten dargelegten Ideen? Stimmen Sie zu, sind Sie begeistert, ratlos oder völlig dagegen? Haben wir zu viel oder zu wenig gesagt? Zögern Sie nicht, uns Ihre Reaktionen

mitzuteilen. Sie werden unsere künftigen Debatten bereichern. Zögern Sie auch nicht, uns mitzuteilen, wenn Sie sich an künftigen Debatten beteiligen möchten. Denn auf diese Weise werden wir gemeinsam vorankommen auf dem Weg

«Es wichtig, dass Personen Entscheidungspositionen besetzen, die Diskriminierung erlebt haben. Diese Personen können die Mechanismen und Auswirkungen von Ausgrenzung besser verstehen als alle anderen.»

zu einer Gesellschaft, welche die Teilhabe der Ausgrenzung vorzieht. Auf diese Weise werden wir vielleicht den Beginn einer solidarischen und zukunftsorientierten Migrationspolitik miterleben.

Sosf

temperatio

Stiftung für Umwelt | Soziales | Kultur

#StopDublinKroatien

Delegationsreise von Sosp and Droit de Rester nach Kroatien

Wir waren gerade mit dem Nachtzug im Bahnhof von Zagreb angekommen, als wir erfuhren, dass am selben Morgen eine Ausschaffung aus der Schweiz stattgefunden hatte. Am Abend trafen wir eine junge Frau, die sich auf dem Flug befunden hatte. Sie lieferte uns den ersten von vielen Erfahrungsberichten. Dank der Kontakte, die wir während der Kampagne in der Schweiz geknüpft hatten, konnten wir in Zagreb mit vielen anderen Personen sprechen, die in den Lagern Porin und Kutina untergebracht waren. Sie erzählten uns von ihrem Weg, ihrer Ausschaffung, dem schwierigen Zugang zu medizinischer Versorgung und der Herausforderung, sich vom Trauma zu erholen, nachdem sie um vier Uhr morgens von Polizist:innen überfallen und von ihnen – meistens in Handschellen – in ein Flugzeug geworfen worden waren.

Wir haben Menschen getroffen, die sich trotz der brutalen Migrationspolitik erneut in Bewegung gesetzt haben, um ihr Leben wieder aufzubauen. Einige, die keine oder nur geringe gesundheitliche Probleme haben, haben sich dafür entschieden, eine Weile in Kroatien zu bleiben, um etwas zu arbeiten und ein wenig Geld zu sparen. Wer weiss, vielleicht gehören sie zu den wenigen Menschen, die in Kroatien Asyl erhalten, wenn auch in einem Asylverfahren, das sich immer wieder als unfair erwiesen hat. Wenn das nicht der Fall ist, machen sie sich wieder auf den Weg,

Andere reisen sofort wieder ab, weil sie wissen, dass sie nicht medizinisch versorgt werden und dass ihre Kinder in den überfüllten Lagern mit unzureichender Infrastruktur wahrscheinlich nicht unter guten Bedingungen aufwachsen können. Wieder einmal wurde deutlich, dass es diese Menschen sind, die wirklich für Bewegungsfreiheit

«Wir haben Menschen getroffen, die sich trotz der brutalen Migrationspolitik weiterhin in Bewegung setzen, um ihr Leben wieder aufzubauen.»

kämpfen. Trotz der Gewalt und trotz der Illegalisierung beweisen sie tagtäglich, dass es ein Hirn-
gespinst ist, Migration verhindern zu wollen.

Obwohl es sich kaum positiv auf ihre individuelle Situation auswirkt, haben uns viele Menschen von ihren Erfahrungen berichtet. Um ihren Kampf für Bewegungsfreiheit zu unterstützen, ist es uns ein grosses Anliegen, diese Erfahrungsberichte originalgetreu wiederzugeben und sie in einem neuen Bericht, der im Herbst erscheinen soll, umfassend und kritisch zu analysieren.

(Sg)

ANZEIGEN

- 1 Klima-Streik
- 1 Yoga-Retreat
- 2 Kurzstreckenflüge
- 1 WOZ-Abo

Dein Leben wird **widersprüchlicher**.
Dein Anspruch an eine gute Zeitung bleibt.



WOZ – eine Zeitung fürs Leben.
Jetzt abonnieren.
woz.ch/abo

wir drucken |
Klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck

die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch

Schulbeginn in einem parallelen Schulsystem

Back to school – doch nicht alle Kinder dürfen hin

Während sich die Geschäfte in der Schweiz gegenseitig mit «Back to school»-Angeboten übertrumpfen, wird ein Teil der schulpflichtigen Kinder auch in diesem Schuljahr nie ein echtes Schulhaus von innen sehen.

Von einem teuren Schulrucksack können sie nur träumen. Es sind die Kinder von Asylsuchenden, die in mehreren Kantonen in «zentrumsinternen Schulen» unterrichtet werden. Praktisch bedeutet das, dass in den abgelegenen Camps jeweils Zimmer zu Schulzimmern umfunktioniert werden, in denen alle Kinder des Camps gemeinsam unterrichtet werden.

Leidtragende sind die Kinder

Dass dabei alle Altersklassen und Niveaus gemeinsam unterrichtet werden, ist nur eines von unzähligen Problemen dieses parallelen Schulsystems. «Das schulische Niveau unserer Kinder geht auf Grund der mangelhaften Schulbildung im Zentrum zurück», erzählt eine Mutter. Die Missstände reichen von mangelhafter Infrastruktur, unzureichendem Schulmaterial für die Kinder, Wartezeiten von mehreren Monaten bis die Kinder die Schule besuchen dürfen, keinem Ersatz bei Krankheit der Lehrperson über mehrere Wochen, einem stark reduzierten Stundenplan bis hin zum grossen Problem der wiederholten Transfers von Familien mit Schulkindern. Eine Lehrerin aus Zürich erzählt, dass sie auf Grund des mehrfachen Transfers einer Familie ein Geschwisterpaar innerhalb von einem Jahr bereits zum dritten Mal wieder in ihrer Klasse hat. Für die Kinder bedeutete das, fünfmal die Schule zu wechseln – innerhalb von einem Jahr.

Mit Abstand am schwersten wiegt für die Kinder aber, dass sie auf Grund der zentrumsinternen Schule die belastende Atmosphäre der Kollektivunterkünfte nie verlassen können. «Ich hasse das Camp», zitiert die Kindheitsforscherin Clara Bombach ein Kind in einer Kollektivunterkunft. Dass das Klima in Kollektivunterkünften schädlich für die kindliche Entwicklung

und erst recht keine geeignete Lernumgebung ist, haben Wissenschaftler:innen schon mehrfach festgestellt. Mehrere Gremien wie der UN-Ausschuss zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes, die Eidgenössische Migrationskommission und die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter zeigen sich besorgt über die Situation und haben die Empfehlung

Kantonen selbstreferentiell auf ihre «gut funktionierenden Konzepte» und meinen damit einzig, dass diese für die Behörden selbst gut funktionieren. Nun ist die Politik gefordert: Der Bund und die Kantone müssen ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen und dafür sorgen, dass ALLE Kinder einen gleichwertigen Zugang zur Bildung haben. Dazu wird die Kampagne «Bildung für

«Die zuständigen Behörden in den betroffenen Kantonen verweisen selbstreferentiell auf ihre «gut funktionierenden Konzepte» und meinen damit einzig, dass diese für die Behörden selbst gut funktionieren.»

abgegeben, Massnahmen zur direkten Integration in die Regelschule zu ergreifen. Hinzu kommen die Berichte zahlreicher NGOs. Doch all das hindert die Behörden bisher nicht daran, an ihrer Praxis der separierten Schule festzuhalten.

Die Politik ist gefordert

Dabei gäbe es Lösungen. Einige Kantone schulen die Kinder aus dem Asylbereich nach wenigen Wochen direkt in die Regelklassen ein und unterstützen sie und die Lehrpersonen mit zusätzlichem Unterricht in Deutsch als Zweitsprache. Doch das Bildungssystem in der Schweiz ist föderalistisch. Während sich der Bund in der Bildungspolitik mit Verweis auf die Zuständigkeit der Kantone stets aus der Verantwortung zieht, verweisen die zuständigen Behörden in den betroffenen

alle – jetzt!» in den kommenden Monaten gemeinsam mit Politiker:innen Vorstösse einreichen und den nötigen Druck aufbauen, damit sich endlich etwas bewegt.

Nora Trenkel

Kampagne «Bildung für alle – jetzt!»

Info:

Die Kampagne «Bildung für alle – jetzt!», die von Sosp mitgetragen wird, setzt sich für den Zugang ALLER Kinder zur Regelschule ein.

Mehr Infos unter www.bildung-jetzt.ch.



Polnisch-belarussische Grenze

Wenn Soldat:innen auf Geflüchtete schießen dürfen

Bald sind die Bilder drei Jahre alt: Hunderte geflüchtete Menschen, eingesperrt zwischen Wald und Zaun, umzingelt von polnischen und belarussischen Grenzbeamt:innen. Der Ausnahmezustand ist inzwischen zur Normalität geworden.

Im Juni hat die polnische Regierung erneut eine 200 Meter bis 5 Kilometer breite Sperrzone entlang der polnisch-belarussischen Grenze eingeführt. Immer wieder sind Checkpoints anzutreffen. Und es ist von rechtsextremen

«All den Verschärfungen zum Trotz überqueren Menschen weiterhin die Grenze.»

Gruppierungen zu lesen, die «Ausflüge» an die Grenze ankündigen, um diese «zu verteidigen». Sie suchen nach Menschen auf der Flucht.

Gleichzeitig wird diese Normalität weiter verschärft: Das polnische Parlament hat Ende Juli ein neues Gesetz verabschiedet, welches Militär, Polizei und Grenzbeamt:innen erlauben soll, auf Migrant:innen zu schießen. Ebenfalls soll in einigen Fällen die strafrechtliche Verantwortung aufgehoben werden. Diese Entscheidung ist die erschreckende Folge einer jahrelang geführten Hetze gegen Migrant:innen.

Wer geglaubt hatte, die Situation für geflüchtete Menschen in Polen würde sich unter Donald Tusk verbessern, hat sich geirrt. Im Mai kündigte Tusk das Projekt «East Shield» an. Die polnische Grenze zu Belarus soll weiter aufgerüstet werden: Elektronische Überwachungssysteme sollen ausgebaut, physische Barrieren,

unter anderem ein Wall und ein Minenfeld, errichtet werden. Rund 2.55 Milliarden US-Dollar wird das Projekt «East Shield» kosten.

All den Verschärfungen zum Trotz überqueren Menschen weiterhin die Grenze. Oftmals brauchen sie mehrere Versuche, um durchzukommen. Dabei müssen sie in der Wildnis unter schwierigsten Bedingungen überleben. Noch immer ziehen deshalb Aktivist:innen mit grossen Rucksäcken in den Wald, verteilen warme Suppen, frisches Wasser oder trockene Kleidung und leisten medizinische Hilfe. Seit einiger Zeit fragen flüchtende Menschen vermehrt nach Asyl in Polen – in der Hoffnung auf eine Chance, aus Erschöpfung oder um einem weiteren Pushback zu entgehen. Wer danach trotzdem weiterreist, läuft Gefahr, als Dublin-Fall wieder zurück nach Polen deportiert zu werden. In ein Land, in dem Grenzbeamt:innen auf flüchtende Menschen schießen dürfen, Minenfelder entlang der Grenze errichtet werden sollen und in dem die Hetze gegen Migrant:innen immer weitergeführt wird.

Miriam Helfenstein

GEAS-Reform

Der Anti-Asyl-Pakt erreicht die Schweiz

In der Juni-Ausgabe des Sosf-Bulletins haben wir ausführlich über den Migrations- und Asylpakt der EU berichtet. Inzwischen ist diese hochumstrittene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) auch in der Schweiz angekommen. Mitte August eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung für insgesamt vier Bundesbeschlüsse, mit denen er die für die Schweiz relevanten Teile des Pakts ins Schweizer Recht überführen will.

Der erläuternde Bericht zur Vernehmlassung zeigt nun auf, warum es sich bei der Reform um nichts anderes als um einen Anti-Asyl-Pakt handelt: Fluchtbewegungen nach Europa sollen mit aller Macht verringert, Weiterreisen innerhalb Europas verhindert und (Dublin-)Ausschaffungen beschleunigt werden. So wird der Zugang zum individuellen Recht auf Asyl in Europa praktisch abgeschafft.

Dublin im Fokus

Für die Schweiz stellt der Anti-Asyl-Pakt vor allem eine massive Verschärfung der Dublin-Regelungen dar, mit Hilfe derer die Schweiz Asylsuchende wieder loswerden kann, ohne ihre Schutzbedürftigkeit überhaupt zu prüfen. Diverse Fristen des Dublin-Rechts werden zu Ungunsten der Geflüchteten angepasst und neu sind selbst unbegleitete minderjährige Asylsuchende von Dublin-Ausschaffungen bedroht.

«Für die Schweiz stellt der Anti-Asyl-Pakt vor allem eine massive Verschärfung der Dublin-Regelungen dar.»

Wird eine Person mit Dublin-Nichteintretentscheid zudem krank und ist daher nicht ausschaffungsfähig, verlängert sich die Frist, in der die Schweiz nicht auf ihr Gesuch eintreten muss, neu von sechs Monaten auf drei Jahre. Drei Jahre, in denen ihre Asylgründe nicht geprüft werden, drei Jahre in der Nothilfe, ohne Rechtsstatus und Integrationsaussichten, drei Jahre in ständiger Angst vor einer Ausschaffung, die die Schweiz bekanntlich besonders rigoros durchführt. Kurz: drei verlorene Jahre.

Der Bundesrat lobt diese Verschärfungen als Effizienzsteigerungen des Dublin-Systems und stellt marginale Erleichterungen (z.B. eine Verkürzung der Dublin-Haft von sechs auf fünf Wochen, die obendrein mit einer Ausweitung der Haftgründe einhergeht) als Verbesserungen des Flüchtlingsschutzes dar.

Fadenscheinige Solidarität

Selbst dem Bundesrat scheint jedoch bewusst zu sein, dass mit dem Pakt an den EU-Aussengrenzen massive Grundrechtsverletzungen drohen und ein Scheitern der Grenzverfahren zu einem Zusammenbruch des gesamten europäischen Abschottungssystems führen könnte. Als fadenscheiniges Zugeständnis an die Kritiker:innen schlägt er deshalb vor, dass sich die Schweiz freiwillig und punktuell am neuen Solidaritätsmechanismus der EU beteiligen könnte.

Mit diesem Mechanismus sollen Asylsuchende aus den Aussengrenz-Staaten auf andere Dublin-Staaten verteilt werden – es sei denn, letztere kaufen sich von der Übernahme frei. Ohnehin ist dieser Mechanismus nur für 30000 Personen pro Jahr angedacht – angesichts von EU-weit einer halben bis einer Million Asylgesuchen pro Jahr (d.h. 0.2% der EU-Bevölkerung) nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein. Gemäss des Verteilschlüssels der EU müsste die Schweiz aufgrund ihrer Bevölkerungsgrösse und ihres Bruttoinlandsprodukts von diesen 30000 Personen übrigens nur ca. 3.5% übernehmen, was gut 1000 Asylsuchenden oder Zahlungen in Höhe von 21 Millionen Euro entspräche.

Eine freiwillige Übernahme der einzigen GEAS-Verordnung, die für Geflüchtete in der Schweiz tatsächlich eine Verbesserung darstellen würde, zieht der Bundesrat hingegen nicht in Betracht: die Übernahme der Qualifikationsverordnung, die in der EU den Status des «subsidiären Schutzes» begründet und eine deutlich bessere Rechtsposition mit sich bringt als das Schweizer Pendant der «vorläufigen Aufnahme».

(Sn)

IMPRESSUM

BULLETIN

SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

erscheint viermal jährlich

ISSN 2673-768X

Auflage dieser Ausgabe

3125 deutsch / 750 französisch

Beglaubigte Auflage WEMF

2216 deutsch / 526 französisch

Gestaltung und Satz

Graziella Bärtsch und Moana Bischof

Druck und Versand

selva caro druck ag, Flims Waldhaus

Redaktion

Sophie Guignard (Sg), Simon Noori (Sn),
Peter Frei (Pf), Hilmi Gashi (Hg)

Übersetzungen

Sosf

Lektorat Olivier von Allmen, Sosf

Fotos

Siehe Seite 2

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe

31. Oktober 2024

Wir behalten uns vor, Leser:innenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2024 inkl. Abo

Verdienende Fr. 70.– / Paare Fr. 100.– /

Nichtverdienende Fr. 30.– /

Organisationen Fr. 120.–

Abo

Einzelpersonen Fr. 30.– / Organisationen

Fr. 50.–

Herausgeberin

Solidarité sans frontières

Schwanengasse 9

3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Telefon 031 311 07 70

sekretariat@sosf.ch

www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6

IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6

BIC POFICHBEXXX

Chronik eines kafkaesken Prozesses

Pinar Selek, die Freche, die Widerstand leistet

Am 28. Juni 2024 war Sospa Teil der internationalen Delegation, die am Prozess gegen die Soziologin Pinar Selek in Istanbul teilnahm. Seit 26 Jahren gehen die türkischen Behörden gegen die Frau vor, die sich geweigert hatte, die Namen der Mitglieder der bewaffneten kurdischen Bewegungen preiszugeben, die sie für eine akademische Arbeit interviewt hatte. Pinar Selek wurde fälschlicherweise beschuldigt, ein Attentat auf den Gewürzmarkt in Istanbul verübt zu haben.

Ob in der Türkei, selbst als sie verfolgt wurde, oder in Frankreich, während Verurteilungen und Freisprüche aufeinander folgten, kämpfte Pinar unermüdlich weiter.

Weitere Informationen unter pinarselek.com

Sie forschte zum Völkermord an den Armenier:innen, zum Militarismus, zu den Rechten von LGBT-Personen, zur Kurd:innenfrage und zum Exil. Unter anderem war sie Mitorganisatorin der transnationalen feministischen Demonstration «Toutes aux frontières» («Alle an die Grenzen») im Juni 2021 in Nizza.

Vielleicht ist die türkische Obrigkeit deshalb so hartnäckig, weil sich Pinar Selek immer noch weigert, angesichts von Ungerechtigkeiten zu schweigen. Im

dabei seine Repressionsmacht in Szene setzte, bot er unfreiwillig eine Plattform für zahlreichen Widerstand. Bei jeder Verhandlung war eine internationale Delegation anwesend. Pinars 94-jähriger Vater, der immer noch ihr Anwalt ist, und ihre jüngere Schwester, eine Mathematikerin, die Jura studiert hat, um ihre ältere Schwester zu verteidigen, konnten auf die Unterstützung von Queer-Aktivist:innen, Akademiker:innen, Buchhändler:innen und gewählten Volksvertreter:innen zählen. Sie kommen aus der Türkei, aber auch aus Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien und der Schweiz. Eine kleine Menge, die physisch harmlos erscheinen mag, deren ideologische Gefährlichkeit jedoch so gross ist, dass jedes Mal Hunderte von Polizist:innen in Robocop-Panzern eingesetzt wurden, um zu verhindern, dass Schilder mit einem der Worte hochgehalten werden, das für autoritäre Regimes das gefährlichste Wort der Welt zu sein scheint: «Gerechtigkeit» für Pinar Selek. Ein Schutzwall vor dem Justizpalast, gegen diejenigen, die die Justiz herausfordern.

«Ich werde ihnen nicht erlauben, mir mein Lächeln und meine Energie zu stehlen und mich davon abzuhalten, gegen alle Faschismen in der Welt zu kämpfen.»

Juni 2022 hob der Oberste Gerichtshof der Türkei den vierten Freispruch der Soziologin auf, der am 19. Dezember 2014 ausgesprochen worden war. Trotz der mehrfach nachgewiesenen Beweise, dass die Explosion auf dem Gewürzmarkt ein Unfall war und durch ein Gasleck verursacht wurde.

Am 28. Juni 2024 fand also am Obersten Gerichtshof in Istanbul die dritte Anhörung im fünften Prozess gegen Pinar Selek statt. Während der türkische Staat

Diesmal ging das türkische Innenministerium noch einen Schritt weiter. Es hat ein neues Schriftstück in die Strafakte aufgenommen: Im April 2024 hielt Pinar Selek eine Konferenz über Exil, an der auch kurdische Frauen teilnahmen. Ein von der PKK orchestrierter Terrorakt, so das Ministerium. In ihren Plädoyers wiesen die Anwälte nach, dass die Konferenz von vier französischen Universitäten organisiert worden war, die dies bestätigten.



Am Abend der Anhörung am 28. Juni erklärte Pınar Selek auf France 24: «Das geht über meine Person hinaus, jetzt ist es die französische Universität, die angegriffen und verleumdet wird. [...] Sie denken, dass sie meine Kolleg:innen einschüchtern können. Aber sie werden es schwer haben».

Pınar wird in Frankreich geschützt, aber die Repressionen wirken sich auf sie und ihre akademische Freiheit aus. Die Türkei hat Interpol gebeten, eine rote Notiz auszustellen, die einen internationalen Haftbefehl ermöglichen würde. Das Risiko ist zu hoch, die Soziologin kann nicht mehr reisen. Vor allem nicht nach Italien, wo sie für den «Observatoire des Migrations» forschte.

Trotzdem sagt Pınar mit der für sie typischen Frechheit und in unbeschwertem Ton: «Ich werde ihnen nicht erlauben, mir mein Lächeln und meine Energie zu stehlen und mich davon abzuhalten, gegen alle Faschismen in der Welt zu kämpfen.» Pınar Selek zeigt uns allen, wie wichtig es ist, zusammenzuhalten: «Ich spüre es sehr stark, sie wollen uns müde machen, aber die Solidarität ist wie ein Feuer geworden, es breitet sich aus und sie können es nicht aufhalten.»

(Sg)

Agenda

Enough. Aktionstage zu Migrationskämpfen und anti-rassistischem Widerstand

4.-7. SEPTEMBER 2024

ROTE FABRIK, ZÜRICH

Mehr Infos und gesamtes Programm:
www.aktionstage-enough.ch

Reclaim Democracy Konferenz

12.-13. SEPTEMBER 2024, ZÜRICH

<https://www.reclaim-democracy.org/>

Läufe gegen Rassismus und gegen Grenzen

14. SEPTEMBER 2024, BASEL: 9. LAUF GEGEN GRENZEN, AB 12.30 UHR, CLARAMATTE

14. SEPTEMBER 2024, BERN: SOLILAUF FÜR SANS-PAPIERS, AB 14 UHR, MÜNSTERPLATZ

15. SEPTEMBER 2024, ZÜRICH: 23. LAUF GEGEN RASSISMUS, AB 10 UHR, BÄCKERANLAGE

Gross-Demo

«Zwischen uns keine Grenzen – für eine offene Gesellschaft der Vielen!»

28. SEPTEMBER 2024, BERN, SCHÜTZENMATTE BIS BUNDESPLATZ, AB 14 UHR

Die andere Schweiz: «Asyl und Aktivismus 1973–2000» von Jonathan Pärli

Buchvernissage und Podiumsdiskussion

MITTWOCH, 9. OKTOBER, 19.30 UHR,
SOZIALARCHIV, ZÜRICH.

Schnittstellen zwischen Forschung und Aktivismus. Podiumsdiskussion moderiert von Derya Bozat (Doktorandin an der Universität Bern). Teilnehmer:innen: Jonathan Pärli (Forscher an der Universität Basel), Damir Skenderovic (Professor an der Universität Freiburg) und Sophie Guignard (politische Sekretärin von Sosp).